
Tendenz zur Annäherung Gespräch mit Klaus von Beyme

Klaus von Beyme, geb. 1934, ist Professor für Politikwissenschaften in Heidelberg.

Frage: Bezeichnet das Orwell-Jahr 1984 auch eine Schwächephase der Gewerkschaftsbewegungen in den kapitalistischen Industrieländern?

Antwort: So global gestellt würde ich die Frage verneinen. Wir haben schon länger eine Tendenzwende. Das begann Mitte der siebziger Jahre, und es ist offensichtlich kein Trend, der sich nur auf Deutschland beschränkt: vorübergehend waren selbst die schwedischen Sozialdemokraten nicht an der Regierung. Sozialdemokratische und sozialistische Regierungen scheinen weitgehend nach Südeuropa emigriert zu sein. Im nördlichen Europa ist es zur Zeit außer in Norwegen, in Schweden und in Österreich unwahrscheinlich, daß sie die dominante Partei werden. Das hat Rückwirkungen auf die Gewerkschaftsbewegungen - eine Entwicklung, die nichts mit dem Jahr 1984 zu tun hat und schon gar nichts mit der Orwellschen Vision.

Welches sind denn die länger zurückliegenden Ursachen für die gegenwärtige Situation der Gewerkschaften. Kann man dazu eine zusammenfassende Aussage machen, oder sind die Gründe in den vielen Ländern ganz unterschiedlich?

Die generelle Ursache ist relativ gleich. Es handelt sich im Grunde um eine Folge der Krise von 1973 und hat etwas zu tun mit den wirtschaftlich-politischen Szenarios, die zur Erläuterung dieser Krise genutzt werden. Die einfachste Version lautet: „An den Folgen von 1973 haben wir heute noch zu tragen.“ Das ist eine vergleichsweise konservative Lesart. Die Gegenposition würde lauten: „Es handelt sich um eine langfristige Strukturkrise der kapitalistischen Länder.“ Die gemäßigte Variante dieser These läuft darauf hinaus, daß wir im Augenblick in einer Umbruchphase in bezug auf die Technologie stecken, daß zu wenig Innovationen da sind und daß diese Lage, glaubt man an Kondratieff, an der Schwelle der neunziger Jahre überwunden werden wird, etwa mit Hilfe der Mikroprozessoren. Damit wäre dann auch die augenblickliche Strukturchwäche der Wirtschaft bewältigt. Je nachdem, welches Szenario man für das wahrscheinlichere hält, wird man die entsprechenden Schlußfolgerungen für die Gewerkschaften ziehen. Die Reaktionen der Gewerkschaften haben wiederum etwas zu tun mit den mittelfristigen Reaktionen des politischen Systems, also zum Beispiel auch damit, welche Parteienkonstellation an der Macht ist.

Welche Folgen haben die von Ihnen angedeuteten Entwicklungen denn bisher für die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften? Und welche Folgen sind in Zukunft zu erwarten?

Damit sind langfristige Strukturprobleme der Gewerkschaften angesprochen, die man nur nach Gruppen von Ländern aufschlüsseln kann. Eine wichtige Variable scheint mir zu sein, wie die beiden tragenden Säulen der Arbeiterbewegung, wie Arbeiterpartei(en) und Gewerkschaften zueinander stehen.

Könnten Sie das an Beispielen verdeutlichen?

Ich sehe in dieser Hinsicht weltweit insgesamt vier Modelle. Das erste weist - bei organisatorischer Unabhängigkeit - eine starke Bezogenheit von Partei und Gewerkschaft auf; dieses Modell überwiegt im deutschsprachigen Raum, Beispiele bieten die Bundesrepublik und Österreich. Ein zweiter Typ liegt in England und Skandinavien vor, wo man die Verschränkung der beiden Organisationen hat. Das kann die milde Form haben wie in Dänemark, wo in den Spitzengremien lediglich zwei Vertreter der jeweils anderen Seite sitzen; das kann aber auch die Verschränkung der Mitgliedschaften bedeuten, etwa auf lokaler Ebene wie in Norwegen und Schweden, oder sogar die generelle Verschränkung wie im Falle Großbritanniens. Die krisenhafte Entwicklung dieses Modells in Großbritannien zeigt, daß eine solche Verschränkung nicht unbedingt der Ausweg aus der Krise ist. Ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder fühlt sich von der Labour-Party nicht mehr hinreichend vertreten, so daß man eher von einer Krise der Partei sprechen kann. Ein dritter Typ überwiegt in romanischen Ländern, wo die Führungen der sozialistischen und kommunistischen Parteien Mitglieder in Gewerkschaften sind und dort womöglich auch Positionen bekleiden, wo es aber überhaupt keine Verschränkung gibt, wo die beiden Säulen ganz unterschiedliche Dinge tun. Allenfalls in Italien und in Frankreich, seit die Sozialisten und die Kommunisten gemeinsam regieren, erkennt man Versuche, auf die Gewerkschaften einzuwirken. Aber es gibt kaum führende Gewerkschafter, die etwa in den Parlamenten eine Rolle spielen und schon gar nicht in den Regierungen. Namhafte Gewerkschafter in Regierungsfunktionen, so wie es hier noch unter der Regierung Schmidt üblich war, sind dort gänzlich unbekannt. Die Gewerkschaften in den USA repräsentieren den vierten und letzten Typ. Dort sind die Gewerkschaften immer eine völlig freie gesellschaftliche Organisation gewesen. Sie haben sich zwar zunehmend auf die Demokratische Partei orientiert, gelegentlich auch einen Präsidentschaftskandidaten unterstützt, aber sie verstehen sich im ganzen als eine Art Einflußgruppe, die auf beide Parteien wirkt. Dort, wo es am meisten für sie gibt, versuchen sie den größten Einfluß zu haben. Dieses Modell hat sich allerdings in Europa nirgendwo entwickelt. Es ist auch das für die Gewerkschaften

nicht eben günstigste, denn es ist mit einem extrem niedrigen Organisationsgrad verbunden, mit einer sehr starken Stellung in einigen Branchen, mit einer totalen Hilflosigkeit gewerkschaftlich Organisierter in anderen Branchen, in denen sie kein Bein an die Erde bekommen.

Gehört denn zu diesen Modellen jeweils der konfliktorische oder kooperative gewerkschaftliche Ansatz von Krisenbewältigung?

Das korrespondiert bis zu einem gewissen Grade. Es hängt davon ab, ob Gewerkschaften auch politisch Ziele haben wollen, ob sie die Streikdrohung auch für Ziele einsetzen, die politisch durchgesetzt werden müssen, die aber unmittelbare Arbeitnehmerinteressen berühren, von der Arbeitszeitverkürzung bis hin zum sozialen Sicherungssystem. In dieser Hinsicht ist das amerikanische System dasjenige, das zwar politische Mobilisierungen ermöglicht, aber keine generelle langfristige Kooperation kennt. Dagegen ist der Druck im südeuropäischen Modell am stärksten, was nicht zur Folge hat, daß es auch am einflußreichsten ist. Der Einfluß ist im skandinavischen und im mitteleuropäischen Modell vergleichsweise immer noch am größten. Dort sind die Gewerkschaften zwar nicht sehr konfliktorisch angelegt, sondern in vielfältiger Weise eingebunden - Stichwort: Neokorporatismus und Konzertierte Aktion -, aber sie setzen dennoch ohne große Drohungen eine ganze Menge durch mit dieser Kooperation auf allen Ebenen.

Ist die „neokorporatistische Praxis“ - also kurz gesagt die Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Arbeitgebern, staatlichen Stellen - nicht eigentlich nur für „Schönwetterperioden“ geeignet? Treten in Krisensituationen die konfliktorischen Elemente nicht stärker in den Vordergrund, die dann von eher korporativ ausgerichteten Gewerkschaften nicht hinreichend gehandhabt werden können?

Auch das kann ich nicht mit Ja oder Nein beantworten. Korporatistische Elemente sind in Schweden, in Österreich, in Deutschland, wo sie zuerst praktiziert wurden, in der Krise entstanden. Aber es waren Systemkrisen, in denen die bürgerlichen Kreise in Schwierigkeiten kamen und die Hilfe der Gewerkschaften brauchten, in Deutschland zum Beispiel in der Mitte des Ersten Weltkriegs. Wenn die Krise so schwer ist, daß sie darauf angewiesen sind, kann gerade die Krise zu solchen Kooperationsangeboten führen. Wenn es aber eine mittlere Krise, keine Systemkrise ist, die durch vorübergehende wirtschaftliche Rückschläge gekennzeichnet ist und in der das öffentliche Klima eher konservativ ist, dann werden eher weniger Kooperationsangebote gemacht werden, dann wird auch die Staatsführung eher gegen die Einbeziehung der Gewerkschaften entscheiden.

Auch die „Konzertierte Aktion“ in der Bundesrepublik ist in einer Krisensituation entstanden. Die Lage von 1966/67 ist eine Krise auf „Probe“ genannt worden, und in der Tat war sie im Vergleich zu den Arbeitslosenzahlen, die wir seit 1973 haben, eher harmlos. In dieser Zeit wurde die „Konzertierte Aktion“ geboren und sie hat vorübergehend funktioniert. Aber das bedeutet nicht, daß man sie heute in gleicher Weise wieder aufleben lassen könnte. Es fehlt nicht zuletzt das politische Klima, das seinerzeit unter der Großen Koalition erlaubte, ein solches Experiment zu wagen.

Sehen Sie im internationalen Vergleich irgendwo Ansätze zu einer kooperativen Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit?

Der freie, nicht autoritäre Korporatismus bezieht sich in der Regel auf Einkommenspolitik, Vermögensbildung u. ä. Die Arbeitsmarktpolitik ist eine so späte Erfindung, daß man noch gar nicht sieht, wie sich das dort lösen lassen könnte. Von paritätischen Modellen, etwa in der Bundesanstalt für Arbeit, sind wir auf diesem Gebiet noch weit entfernt. Es müßten also zunächst noch institutionelle Voraussetzungen geschaffen werden. In der Arbeitsmarktpolitik sehe ich noch keine wirklichen Ansätze. Da wird es zu anderen, viel lockeren Formen der Kooperation kommen, etwa zu bilateralen Verhandlungen. Aber auch dabei werden nur Rahmenbedingungen vereinbart werden können; die konkreten Ausgestaltungen wird man den Tarifverhandlungen vorbehalten müssen.

Wie wird das Problem Arbeitslosigkeit eigentlich in anderen Ländern angegangen, insbesondere, was die Beteiligung der Gewerkschaften angeht?

Was die wirkliche Einbeziehung der Gewerkschaften angeht, ist auch vergleichend wenig festzustellen. Allenfalls in Skandinavien, insbesondere in Schweden, sieht man eine Arbeitsmarktpolitik, die von der Gewerkschaftsdiskussion beherrscht wird. Die Modelle von Gösta Rehn und von Rudolf Meidner, einem wichtigen Gewerkschaftstheoretiker, mit Lohnkostensubvention und mit aktiver Arbeitsmarktpolitik, die nicht nur Folgen lindern, sondern auch neue Arbeitsplätze schaffen wollen, spielen dort eine große Rolle. Ähnliches sehe ich sonst nirgendwo auf dem Kontinent. Es gibt Druck von den Gewerkschaften, Arbeitsplätze zu schaffen. In den romanischen Ländern geht dieser Druck dahin, den staatlichen Sektor auszuweiten. Aber auch das ist wenig erfolgreich: In Frankreich hat die Regierung vielmehr Teilschließungen zugestimmt, und man versucht nun über, wie wir sagen würden, Sozialpläne eine Lösung zu finden, die marktwirtschaftlich ist und nicht den Vorstellungen der Gewerkschaften entspricht.

Die gängigen Modelle zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sind relativ alt, wenn man an die keynesianischen Vorstellungen denkt, oder sie helfen nicht, wenn man das ansieht, was in Ländern wie England und USA praktiziert wird. Sehen sie Anstöße von anderen gesellschaftlichen Gruppen als den Gewerkschaften zur Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems?

Ein Teil der konservativen Organisationen und der dazugehörigen Parteien halten Arbeitsmarktpolitik nach wie vor im Grunde für überflüssig. Sie glauben, daß eine gute Wirtschaftspolitik auch schon eine gute Arbeitsmarktpolitik sei. So las man es bereits in der ersten Regierungserklärung Konrad Adenauers. Daran hat sich nur sehr wenig geändert. Es wird versucht, die Wirtschaft wieder flott zu machen in der Hoffnung, daß sich auch die Arbeitsmarktprobleme von selbst heilen. Nur Teile der SPD und die Gewerkschaften befürworten eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Aus anderen Bereichen sehe ich da nicht viel kommen. Allerdings sind die keynesianischen Steuerungsinstrumente in die Krise gekommen. Beide großen Akteure, die Unternehmer und die Arbeitnehmer, reagieren nicht mehr in der Weise, wie sie nach den klassischen Modellen eigentlich reagieren müßten. Selbst in Boomzeiten sind die Investoren nicht immer bereit zu investieren, wie es ihnen im Modell unterstellt wurde, und die Arbeitsgewohnheiten der Arbeitnehmer sind ganz andere geworden als idealtypisch vorgesehen. Auch das monetaristische Konzept, wie es in Amerika und in England praktiziert wird und von dem die christdemokratischen Parteien noch etwas Abstand halten, hat nicht die Möglichkeiten, die es verspricht, offenbar, weil die Booms nicht mehr so auf die Krisen folgen, wie es früher einmal geschah. Die Zyklen sind nicht ausgewogen, auch im Zeitablauf nicht mehr, so daß auch die Gegenkonzepte in der Krise sind. Keynes hat beispielsweise nicht vorausgesehen, daß die Staatsverschuldung in eine Dimension gerät, die er - er war schließlich kein Sozialdemokrat, sondern ein Liberaler - in dieser Größenordnung auch nicht gutgeheißen hätte.

Bei einem Blick auf das Ende der Weimarer Republik stellt man fest, daß es damals an praktikablen Konzepten zur Überwindung der Krise mangelte, und daß das, was, sozusagen im Vorgriff auf Keynes, von den Gewerkschaften gefordert wurde, zu spät kam. Auch heute scheint es einen Mangel an Konzepten zu geben.

Das sehe ich nicht so negativ. Ich würde auch jede Parallelisierung zum Ende der zwanziger Jahre von vorneherein zurückweisen, und zwar aus mehreren Gründen. Die Konzepte, die es damals gab, befanden sich noch im Diskussionsstadium, sie waren nicht ausprobiert, man hatte keine Erfahrungen damit. Die Wirtschaftstheorie war damals im ganzen sehr losgelöst von konkreten Interventionen des Tages. Das hat sich geändert, in der Wirtschaftspo-

litik wird unter verschiedenen Vorzeichen doch sehr viel mehr nachgedacht. Auch von der Wissenschaft wird mehr in den politischen Prozeß eingespeist, Wissenschaft wird zum Beispiel auch in einem Institut der Bundesanstalt für Arbeit betrieben. Es gibt Zuarbeit von Instituten wie dem Wissenschaftszentrum in Berlin. Die Gewerkschaften, die Arbeitgeber, alle Institutionen befassen sich heute mehr mit den Problemen, und wir haben nicht allein die Sachverständigen, wir haben auch die fünf großen wirtschaftswissenschaftlichen Institute. Das alles stellt einen gewaltigen Sachverstand dar, der zwar nicht immer zu einer Einigung kommt, der aber doch Konzepte vorgelegt hat und vorlegt. Von daher ist die Parallele zu den dreißiger Jahren keineswegs gegeben. Die Historiker versichern, daß Brüning faktisch ohne jeden Sachverstand im Hintergrund war, daß er keine wirklichen Beratergremien hat konsultieren können.

Das zweite, was sich gewandelt hat, ist, daß die internationale Solidarität zwar immer noch zu wünschen übrigläßt, daß die Probleme aber doch heute nicht individuell für ein Land angegangen werden. Auch wenn die Wirtschaftsgipfel insgesamt nicht sehr erfolgreich sind, wird heute doch manches besser konzentriert als damals: Es gibt Stützungsaktionen für Währungen, es gibt eine Reihe von wichtigen internationalen Vereinbarungen.

Welche Folgen hat die Krise, haben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die innere Struktur der verschiedenen Gewerkschaften? Können Sie das an Beispielen illustrieren?

Hier hat sich einiges getan. Traditionell hieß es, daß die Bereitschaft, sich gewerkschaftlich zu organisieren, in Krisenzeiten sinke. Das habe ich nicht für alle Länder nachweisen können. Die Arbeitnehmer haben sehr unterschiedlich reagiert. Manchmal waren politische Gründe ausschlaggebend, etwa wenn die Schweizer Gewerkschaften während des Zweiten Weltkrieges erheblich an Mitgliedern verloren haben. Das hatte wahrscheinlich etwas damit zu tun, daß sie sich von der „rechten Front“ ringsum bedroht fühlten. Eine Wirtschaftskrise im eigenen Land, die die Arbeitnehmer hätte beeinflussen können, gab es nicht. Jede Theorie, die den gewerkschaftlichen Organisationsgrad sozusagen nach einem Kosten-Nutzen-Kalkül bestimmen will, so als ob der Arbeitnehmer ein rational zu kalkulierendes Wesen sei, das nur überlegt, wie es sein Lebens Einkommen maximiert, greifen meistens zu kurz. Die augenblickliche Krise hat in manchen Ländern gewisse Einbrüche gebracht, aber beileibe nicht in allen. Es gibt auch Länder, in denen es noch neu und schön ist, sich in Gewerkschaften zu organisieren, wie etwa in Spanien. Dort haben sich ganz neue Gewerkschaften enorm profilieren können. Die UGT, die am Anfang gegen die „Comisiones obreras“ sehr schwach war, hat heute praktisch gleich-

gezogen - und das hat etwas mit beharrlicher Organisationsarbeit zu tun, unterstützt von der Sozialistischen Partei -, während ursprünglich die Comisiones Zulauf hatten, weil sie den politischen Protest gegen das sterbende Franco-Regime organisierten. Auch in Italien sind, mit regionalen Abweichungen, keine großen Einbrüche zu verzeichnen. Für die mittel- und nordeuropäischen Gewerkschaften, die traditionell stark gewesen sind, sieht es etwas anders aus. In Großbritannien gab es vorübergehend Einbrüche, in der Bundesrepublik bisher noch nicht. Mit größerer Besorgnis ist eine gewisse Überalterung der Gewerkschaftsmitgliedschaften festzustellen. Junge Arbeitnehmer sind offenbar nicht mehr so leicht zu organisieren. Bei den ausländischen Arbeitnehmern hat man vorübergehend eine größere Organisationsbereitschaft gehabt. Und so wie sie unsere demographische Kurve etwas pöppeln müssen, so haben sie auch den Organisationsgrad der Gewerkschaften vorübergehend günstiger dastehen lassen. Auch hier sehe ich eine gewisse Krise der Organisationsbereitschaft. Und wenn sich die Gewerkschaften nicht mehr für die Arbeitslosen einfallen lassen, dann sehe ich auch hier ein Potential verlorengehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf das Thema Arbeitsmarktpolitik zurückkommen. Bei uns wird, anders als in Schweden, eher eine sektorale Politik des Abkaufens, des Wegnehmens von Arbeitsplätzen betrieben - teils den Ausländern, teils den Frauen, teils den Jugendlichen fehlt dadurch Arbeit. Wenn das weitergetrieben wird, werden gleichzeitig auch die Gewerkschaften geschädigt. Insbesondere für den Organisationsgrad von Frauen sehe ich schwarz, wenn Frauen weiterhin die Arbeitsplätze weggenommen werden. Auch wenn die Alten so früh in Rente geschickt werden, wird sich das negativ auf den gewerkschaftlichen Organisationsgrad auswirken.

Nach den Gewerkschaftskongressen dieses Jahres ist vielfach festgestellt worden, daß sich bei den Gewerkschaften zumindest im Ton eine Radikalisierung abzeichnet. Wie reagieren die Gewerkschaften im internationalen Vergleich programmatisch und mit ihren Forderungen, etwa an den Staat, auf die Krise?

Die Umverteilungskämpfe sind schärfer geworden und ich finde es nur natürlich, daß Gewerkschaften schärfer darauf reagieren. Vorübergehend, wenn Sozialdemokraten an der Macht sind, werden größere Konzessionen gemacht - das ist nicht nur bei uns so, und das ist auch kein Geheimnis. Solche Rücksichten müssen heute nicht mehr genommen werden. Außerdem gibt es heute wesentlich mehr Konzepte als etwa unter der letzten Regierung Schmidt, die sich eindeutig gegen gewerkschaftliche Programmatik richten. Wenn die Gewerkschaften sich treu bleiben wollen, müssen sie dagegen sehr viel deutlicher ihren Standpunkt artikulieren. Die sogenannte Radikalisierung - ich

würde das Wort gar nicht benutzen -, die stärkere Profilierung im Hinblick auf das, was Gewerkschaften eigentlich wollen, finde ich akzeptabel. Wenn sie nicht feststellbar wäre, und insofern muß hier die Gegenprobe gemacht werden, dann wäre die Lage wahrscheinlich sehr viel verhängnisvoller. Die Gewerkschaften in den zentraleuropäischen Ländern, in denen nicht wie in England eine konservative Regierung à la Thatcher an der Macht ist, sondern christlich-soziale Regierungen, haben es immer noch relativ gut, weil in diesen Parteien auch Arbeitnehmerflügel vorhanden sind, so daß die Arbeitnehmer nicht gänzlich ohne Sprachrohr sind. Im Selbstverständnis dieser Parteien herrschen krasser Wirtschaftsliberalismus und Monetarismus nicht absolut, es gibt immer auch noch Elemente der katholischen Soziallehre. Daran kann man appellieren und von daher sehe ich auch keine ganz krasse Radikalisierung der deutschen Gewerkschaften bevorstehen.

Wenn zwischen den schärferen Tönen und dem, was erreichbar ist beziehungsweise erreicht wird, die Kluft zu groß wird - erwachsen daraus in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Konsequenzen?

Das ist bei uns viel gefährlicher als in den südlichen Ländern, weil die südlichen Länder immer eine viel radikalere verbale Rhetorik gehabt haben, aber niemand ihre Erfolge daran messen konnten, weil sie es in der Regel mit bürgerlichen Regierungen zu tun hatten und der Organisationsgrad, wenn man von Italien einmal absieht, eher gering war. Außerdem waren die Organisationen vielfach aufgespalten, in weltanschauliche und andere Gruppen, so daß sie gar nicht mit einer Stimme reden konnten wie der DGB es doch gelegentlich tun kann. Bei uns ist die Kluft gefährlicher, weil natürlich eine Einheitsgewerkschaft dann in ihrer Einheit stärker bedroht ist. Wenn der Plakettenkrieg weitergeht und nur noch durch Formelkompromisse der Spitze überdeckt wird, wenn die einen eine Plakette tragen: „58, ja bitte“ und die anderen eine Plakette dagegen, dann kann das auf die Dauer Durchsetzungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der Bewegung schwächen.

In Ihrem Buch „Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in kapitalistischen Ländern“, das 1977 erschienen ist, haben sie gesagt, daß ein Machtzuwachs für die Gewerkschaften alles in allem unvermeidlich sei. Sehen Sie das nach wie vor so?

Es könnte ja sein, daß man Mitte der siebziger Jahre zu optimistisch war, und nun einen Fehler korrigieren müßte. Aber ich habe nach wie vor nicht den Eindruck, daß ich von dieser These abgehen muß. Selbst wenn vorübergehend der Organisationsgrad zurückgeht, selbst wenn Einflußmöglichkeiten schwinden, scheint mir doch, daß keine Regierung in diesem Lande ganz gegen die

Gewerkschaftsbewegung entscheiden kann, und daß gerade dann, wenn die Krise sich verschärft, ein Modus vivendi gefunden werden muß. Das muß dann auch weitere Partizipationsrechte nach sich ziehen. Bisher sind die Angebote, so im Bereich der Vermögensbildung, etwas schmal. Wenn es weiterhin zu Reallohneinbußen kommt, und auf diesem Wege sind wir ja, dann werden Gegenangebote gemacht werden müssen, dann werden weitere Partizipationsrechte, zumindest Schutzmaßnahmen in vielen Bereichen gefunden werden müssen, die den Gewerkschaften am Herzen liegen. Auf die Dauer bin ich also gar nicht so pessimistisch. Es gibt andere große Organisationen, zum Beispiel die Kirchen, die auch vorübergehend einen Mitgliederschwund hatten, deren politische Einflußkraft aber heute in vielen Dingen nicht etwa geringer, sondern sogar stärker geworden ist als sogar in den vergleichsweise konfliktfreien Adenauer-Jahren.

Die gewerkschaftliche Politik ist bis weit in die siebziger Jahre von einem weiteren wirtschaftlichen Wachstum ausgegangen. Inzwischen nimmt die Erkenntnis zu, daß zumindest die Größenordnung des wirtschaftlichen Wachstums, wie es für die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik üblich war, nicht mehr erreichbar sein wird. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Gewerkschaften?

Das ist der Politikpunkt, der am stärksten auf die Krise hindeutet, auch in der Mitgliederstruktur. Es ist gar nicht so markant, daß die schon genannten Gruppen nicht für die Organisation zu gewinnen sind, sondern daß ein Teil der Leute, die sich als alternativ, spontaneistisch, als links nicht im Sinne der alten marxistischen Kirchen, sondern in einem dezentralisierten, unorthodoxen Verständnis links verstehen, daß diese für die großen Organisationen und damit auch für die Gewerkschaften nicht mehr so leicht zu beeinflussen sind. Sie glauben, ihre Ziele besser dezentral und in lockeren Organisationsformen durchsetzen zu können. Ich meine, daß die Gewerkschaften hier einerseits lernen sollten, andererseits langfristig nicht zu pessimistisch sein sollten. Man hat mich gelegentlich dafür kritisiert, daß ich zu sehr an die alten Parteien glaubte. Ich sage nicht, daß die Parteien alles richtig machen, glaube aber, daß die großen Organisationen letztlich doch den längeren Atem haben und einen großen Teil des Protestes wieder kanalisieren können. Das sehe ich bei den Gewerkschaften auch dann gegeben, wenn sie sich mit den neuen Problemen intensiver befassen, wenn sie Arbeitsgruppen bilden, Aktionsformen finden, die das einbinden.

Welche Entwicklungstendenzen sehen Sie insgesamt für die Gewerkschaften im internationalen Vergleich?

Vergleichend würde ich sagen, daß sich die Gewerkschaftsstrukturen in den verschiedenen Ländern, vor allem Westeuropas, stark annähern. So sind korporative Elemente in Italien inzwischen sehr wohl feststellbar - obwohl die Gewerkschaften das dort nach wie vor ablehnen. Vielleicht wandert Korporatismus mit den sozialistischen Regierungen nach Südeuropa, während es bei uns vorübergehend konfliktorischer zugehen könnte. Aber weil Wirtschaftsprobleme heute auf nationaler Ebene nicht mehr zu lösen sind, wird die Annäherung auch in Zukunft weiter stattfinden. Das gilt auch im Hinblick auf die programmatischen Anliegen der Gewerkschaften. Noch Anfang der siebziger Jahre wurde die deutsche Mitbestimmung heftig abgelehnt. Wenn man dann die konkreten Gesetzgebungsvorhaben, etwa zur Schaffung einer europäischen Aktiengesellschaft ansieht, dann liegen sie sehr nahe an dem Modell, das der vielgeschmähte DGB seit Jahren vertreten hatte und in dem Rahmen, der ihm rechtlich möglich war, auch praktizierte. Sehr viele der radikaleren Vorstellungen, etwa von Autogestion und Arbeiterkontrolle, sind heute Schulbuchtypen, die keine Aussicht auf Realisierung haben.